Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

73. Sitzung
3. September 2026

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 18.22 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF), Herrn Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Wie stellt sich im Rahmen der Fortschreibung des Kindertagesstättenentwicklungsplans die aktuelle Situation der Kindertagesbetreuung in Berlin dar und welche wesentlichen Entwicklungen zeigen die jüngsten Zahlen?“
  (Fraktion der CDU),

- „Vor dem Hintergrund, dass es an der inklusiven Schwerpunktschule am Königstor mit dem Schwerpunkt Autismus aktuell großen Personalmangel gibt, selbst auf der Schulleitungsebene, was den Schulstart bisher so gut wie unmöglich machte: Welche Maßnahmen plant der Senat, damit inklusive Schwerpunktschulen in Berlin die notwendige Personalausstattung erhalten, um ihrem Auftrag gerecht werden zu können?“
  (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Mündlich wird folgende Frage gestellt:

- „Am 25. August 2026 berichtete der Senat über sein Konzept zur Katastrophenschutz und Unfallvorsorge an Berliner Schulen. Ein Tag später berichtete der Tagespiegel über erhebliche Defizite bei den vorgeschriebenen Brandschutzmaßnahmen an Berliner Schulen. Demnach wurden diese an zahlreichen Schulen seit mehr als 15 oder sogar 20 Jahren nicht durchgeführt. Wie passt es zusammen, dass der Senat ein Konzept zur Stärkung von Katastrophenschutz und Unfallvorsorge an Berliner Schulen präsentiert, während zugleich an zahlreichen Berliner Schulen die vorgeschriebenen Brandschutzsicherheitsmaßnahmen seit Jahren nicht durchgeführt wurden, und welche Konsequenzen zieht der Senat aus dieser Diskrepanz?“
  (AfD-Fraktion).

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) und Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) beantworten diese sowie die mündlichen Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) berichtet (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe. Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Weiß (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Weiß (AfD) mit der Kandidatur fest.

Die AfD-Fraktion beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl vor, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.

- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.

- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.

- Die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (GRÜNE), werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.

- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.

- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.

- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.

- Frau Abg. Kittler (LINKE) werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der wahlberechtigten, anwesenden Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Frau Abg. Wojahn (GRÜNE) und Frau Abg. Kittler (LINKE) nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 20 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 18 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen sowie keine Enthaltungen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Weiß (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer – Erkenntnisse der wissenschaftlichen Untersuchung zu Konflikten und Gewalt an Schulen** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0438 BildJugFam
b)	Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/0974 **Nach den Messerangriffen auf Schülerinnen in Neukölln nicht einfach zur Tagesordnung übergehen – Die Opfer verdienen eine unmittelbare Reaktion**	0149 BildJugFam(f) InnSichO*
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Null-Toleranz-Politik gegen Gewalt an Schulen: Schüler und Lehrer schützen!** (auf Antrag der AfD-Fraktion)	0412 BildJugFam
d)	Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/3036 **Null-Toleranz gegen Gewalt an Schulen: Schüler und Lehrer wirksam vor Angriffen schützen**	0419 BildJugFam

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Senatsverwaltung zu Punkt 3 a) der Tagesordnung im Nachgang der Pressekonferenz zur Vorstellung des Berliner Konflikt- und Gewaltbarometers am 22. Juni 2026 Unterlagen zur Verfügung gestellt hat, die den Ausschussmitgliedern am selben Tag per E-Mail übermittelt wurden.

Des Weiteren weist die Vorsitzende darauf hin, dass zu Punkt 3 b) der Tagesordnung die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vorliegt. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis

90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag – Drucksache 19/0974 – abzulehnen.

Frau Abg. Khalatbari (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet die Anträge zu den Punkten 3 b) und 3 d) sowie den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 c) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu den Punkten 3 a) und 3 c):
Die Besprechungen werden abgeschlossen.

Zu Punkt 3 b):
Der Antrag – Drucksache 19/0974 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu Punkt 3 d):
Der Antrag – Drucksache 19/3036 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **10 Jahre Berliner Schulbauoffensive – Bilanz, Erfolge und Perspektiven** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0441 BildJugFam

Herr Abg. Bocian (CDU) und Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) begründen den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) nimmt anhand einer Präsentation einleitend Stellung.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung abzuschließen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Starke Kitas für Berlin: Wie gelingt ein guter Start ins Kita-Jahr und wie sichern wir eine vielfältige, leistungsfähige Trägerlandschaft aus Kita-Eigenbetrieben und freien Trägern?** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0442 BildJugFam

Herr Abg. Simon (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 5 der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) nimmt einleitend Stellung.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten sowie auf die Frage von Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) zusagen, die Zahlen bzw. den aktuellen Sachstand zum Kita-Chancenjahr nachzuliefern, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung abzuschließen.

Punkt 6 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Förderung und Ausbau von Gemeinschaftsschulen in Berlin** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0162 BildJugFam
b)	Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 19/2661 **Eine Schule für alle: Mehr Gemeinschaftsschulen für Berlin!**	0374 BildJugFam
c)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/3241 **Landesprogramm „Ausbau und Stärkung Gemeinschaftsschule“**	0435 BildJugFam
d)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Entwicklung und Perspektiven von Gemeinschaftsschulen** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0440 BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Punkt eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Herr Abg. Krüger (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 6 a) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen sowie den Antrag zu Punkt 6 c) der Tagesordnung.

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Antrag zu Punkt 6 b) der Tagesordnung.

Herr Abg. Bocian (CDU) und Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) begründen den Besprechungsbedarf zu Punkt 6 d) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Es nehmen Stellung:

- Herr Bezirksstadtrat Benjamin Fritz, Leiter des Geschäftsbereichs Schule und Sport, Bezirksamt Mitte,

- Herr Robert Giese, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. und Sprecher des Netzwerkes der Gemeinschaftsschulen Berlins (GGG Berlin),

- Frau Clara Wengler, Sprecherin der Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter in der GGG Berlin,

- Herr Bezirksstadtrat Andy Hehmke, Leiter des Geschäftsbereichs Schule, Sport und Facility Management, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg,

- Herr Matthias Sandau, Projektleitung / Senior Researcher, FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

<u>Zu den Punkten 6 a) und 6 d):</u>
Die Besprechungen werden abgeschlossen.

<u>Zu Punkt 6 b):</u>
Der Antrag – Drucksache 19/2661 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Dezember 2026“ abgelehnt.

Die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu Punkt 6 c):
Der Antrag – Drucksache 19/3241 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Dies war die letzte Sitzung des Ausschusses in dieser Legislaturperiode. Die Vorsitzende dankt dem Ausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit.

Die Vorsitzende	Die Schriftführerin
Sandra Khalatbari	Tonka Wojahn